

5288/J XX.GP

ANFRAGE

**der Abgeordneten Mag. Stadler
und Kollegen**

an den Bundesminister für Landesverteidigung

betreffend Vorfälle im Bereich der Heeresnachrichtendienste

Wie der Wochenzeitschrift "NEWS" (Nr.48/98) zu entnehmen ist, soll es zu seltsamen Praktiken von Angehörigen des Heeresnachrichtenamtes gekommen sein. Hierbei handelt es sich einerseits um als "Sicherheitsüberprüfungen" getarnte Bespitzelungen von Heeresangehörigen und andererseits den Versuch von Tatensammlungen über Bereiche der organisierten Kriminalität unter Umgehung des sogenannten "Amtshilfeverfahrens".

In beiden Fällen reagierten die Dienststellen der betroffenen Sicherheitsdirektionen richtig und informierten ihre Vorgesetzte Dienststelle, das Innenministerium, woraufhin diese Kontaktnahmen abgebrochen wurden. In einem Fall soll es sogar zu "Anwerbungsversuchen" mit dem Ziel, ständig Informationen unter Umgehung des Amtshilfeweges dem Heeresnachrichtenamt zukommen zu lassen, gekommen sein.

Über diese aufklärungsbedürftigen Umstände soll ein "klärendes Gespräch" im Zeitraum Oktober - Anfang November 1998 zwischen dem Leiter des Heeresnachrichtenamtes, Divisionär Schätz, dem GTI, Gen. Majcen, und dem Gen. Dir. für die öffentliche Sicherheit, Mag. Sika, stattgefunden haben. Ob die beiden zuständigen Bundesminister, Dr. Fasslabend und Mag. Schlögl, davon informiert waren, ist fraglich.

Eine der handelnden Personen aus dem Bereich des Heeresnachrichtenamtes, ist der Leiter der Außenstelle für Tirol, Bruno Pedevilla, der, wie dem Buch "Mordfall Waldner" des Südtiroler Journalisten Arthur Oberhofer zu entnehmen ist, auch für die noch immer nicht aufgeklärte "Schützen - Affäre" verantwortlich ist, da er als zumindest Mitautor eines "gefälschten" Berichtes über die angebliche Ausbildung und Ausrüstung Südtiroler Schützen mit Waffen in und aus Nordtirol zum illegalen Zwecken gelten muß.

Dieser Sachverhalt ist trotz intensiver Befragung des Bundesministers für Landesverteidigung durch die österreichischen Gerichte noch immer nicht aufgeklärt, wobei besonders bedeutsam erscheint, daß sich sowohl der Bundesminister als auch der stellvertretende Leiter des HNAA, Bgdr Sommer, in Teilen auf ihre Amtsverschwiegenheit beriefen und

sich der Leiter des Amtes, der als Informant von NEWS - Redakteur Alfrem Worm gelten muß, der Aussage durch Nichterscheinen vollständig ent schlagen konnte.

Ebenso wie bei den letzten Vorfällen, wurde auch bei der "Schützen - Affäre" versucht, einerseits zwischen den verschiedenen Nachrichtendiensten Mißtrauen zu säen und da - durch das Vertrauen der Bevölkerung in die an sich notwendige Tätigkeit dieser Organi - sationen zu vermindern, wodurch die allfälligen (ausländischen) Gegenspieler dieser Si - cherheitsinstitutionen entscheidende Vorteile gewinnen würden. Andererseits läßt sich aber auch der Eindruck nicht vollständig ausräumen, daß es innerhalb der Dienste Mit - arbeiter gibt, die versuchen, ihre Tätigkeit auch zu parteipolitischen Zwecken zu nutzen, indem sie an sich "normale" Vorgänge geschickt "ausschmücken" und durch Desinfor - mation und Weitergabe an Medien betroffene Personen oder Organisationen in Zu - sammenhang mit angeblich kriminellen oder staatsgefährdenden Aktivitäten bringen. Diese Vorgänge waren sowohl bei der sogenannten "Schützen - Affäre", als auch bei den Ereignissen rund um die Briefbomben - Attentate der letzten Jahre in Österreich zu beob - achten.

Im Zuge der Ermittlungen im Zusammenhang mit den Briefbomben - Attentaten ist es auch zur Einbindung der Dienste des ÖBH gekommen. Diese an sich positiv zu bewer - tende Maßnahme - zur Verfügungstellung von personellen Kapazitäten, technischer Ausrüstung und Fachwissen - hat aber auch mehrere negative Aspekte. So gab es im - mer wieder über die Medien getragene Verdächtigungen gegen Angehörige des Bun - desheeres allgemein - als in Frage kommende Täter - und im besonderen von herausra - genden Einzelpersonen, denen ein Naheverhältnis zu bestimmten politischen Gruppen nachgesagt bzw. ihre persönlichen Wert - und Geisteshaltung als (rechts-) extrem be - zeichnet oder gewertet wurde.

Exemplarisch sei dabei auf die Angriffe gegen einen als ÖAAB - nahe geltenden Regi - mentskommandanten in der Steiermark verwiesen, der von einem Briefbombenadressa - ten aufgrund einer falschen Information als möglicher Attentäter genannt wurde. Mitt - llerweile hat sich zwar seine Unschuld herausgestellt, aber gleichzeitig auch, daß die Desinformation an den Briefbombenadressaten von einem Heeresangehörigen stammt, der persönlich mit seinem ehemaligen Regimentskommandanten im Streit liegt und auf - grund seiner heutigen Tätigkeit (verantwortlich für die Ausbildung von sogenannten "Nachrichtenoffizieren" im Bereich des Korpskommando I) auch Kontakte zu Heeres - nachrichtendiensten hat.

Über die offensichtlich absichtliche Desinformation, die dem steirischen Regimentskom - mandanten, der mittlerweile zum Ehrenbürger seiner Gemeinde ernannt wurde, dem

Bundesheer aber im allgemeinen, Schaden zugefügt hat, wurde angeblich durch das Vorgesetzte Kommando in Graz eine Sachverhaltsdarstellung an die Staatsanwaltschaft übermittelt. Ob diese im Zusammenhang mit den laufenden Briefbombenermittlungen von Relevanz ist, kann nicht abschließend beurteilt werden. Die geographische Nähe zum Briefbombenverdächtigen, Franz Fuchs, und seine frühere Zugehörigkeit zu einem ehemals bestehenden Mob - Verband der Steiermark, ist aber insgesamt zu hinterfragen.

Im Zusammenhang mit den Briefbombenermittlungen ist aber auch ein Vorfall zu verzeichnen, bei dem sich Unbekannte als Angehörige des Heeresabwehramtes, das in der Briefbombensonderkommission vertreten war, ausgaben und von im Bereich des Innenministeriums tätigen Ermittlern der Sonderkommission Auskünfte einholen wollten und diese angeblich auch erhielten. Wenig später eintreffende Beamte des Abwehramtes waren daher umso verwunderter, als man ihnen mitteilte, daß ja erst kürzlich Kollegen ihres Amtes um diese Auskünfte eingekommen seien. Dies soll aber kein Einzelfall sein, da bereits mehrfach Vorfälle bekannt wurden, bei denen sich Unbekannte, die auch mit offensichtlich gefälschten Ausweisen ausgestattet waren, als Angehörige der Staatspolizei oder der Heeresnachrichtendienste ausgaben (siehe Dringliche Anfrage 5225/J NR, 26.11.1998) und versuchten, nachrichtendienstlich relevante Informationen zu gewinnen.

Im Zusammenhang mit der längst notwendigen Verrechtlichung der Tätigkeit der Heeresnachrichtendienste sind diese Umstände besonders aufklärungsbedürftig, da im Entwurf für das Militärbefugnisgesetz an sich zum Schutze der Republik Österreich notwendige Maßnahmen und Befugnisse vorgeschlagen werden, die nunmehr durch die aufgezeigten Vorfälle in ein negatives Umfeld gerückt werden. Hinzu kommt die geringe parlamentarische Kontrolle durch die dafür eingerichteten und in der Bundesverfassung verankerten ständigen Unterausschüsse des Nationalrates, die sich aufgrund der mangelnden Kooperation der Regierungsmitglieder und deren Ausschlußmehrheit durch die beiden Koalitionsparteien als wenig effektiv dargestellt haben.

In diesem Zusammenhang stellen die unterfertigten Abgeordneten an den Bundesminister für Landesverteidigung folgende

ANFRAGE

1. Ist Ihnen bekannt, daß es eine Aussprache zwischen den Spitzen des BMLV und des BMI hinsichtlich sog. "Anwerbungsversuche" und der Umgehung des Dienstweges und der Amtshilfeverfahren durch Heeresnachrichtendienste gab?
2. Wenn ja: wann wurden Sie darüber informiert?
3. Wenn nein: warum wurden Sie nicht informiert?

4. Welche konkreten Vorwürfe wurde dabei seitens des BMI gegen welche Dienststellen und Ämter des BMLV erhoben?
5. Welchen Zweck hatten diese ungesetzlichen Kontaktaufnahmen und auf welche Rechtsgrundlagen hat man sich dabei gestützt?
6. Gab es schon früher ähnliche Vorhaltungen?
7. Wenn ja: wann und welche?
8. Was haben Sie bisher dagegen unternommen um solche Vorkommnisse zu verhindern?
9. Welche disziplinären Maßnahmen werden Sie in diesen Zusammenhängen setzen bzw. haben Sie bereits gesetzt und gegen wen?
10. Wer ist der Ersteller des Berichtes über die sog "Schützen - Affäre"?
11. Handelt es sich dabei um ein Dokument des HNaA?
12. Wer hat dem NEWS - Journalisten Alfred Worm Einblick in diesen Bericht gegeben?
13. Handelt es sich dabei um einen Amtsmissbrauch?
14. Wenn nein: warum nicht?
15. Wenn ja: welche disziplinären Maßnahmen haben Sie daher ergriffen?
16. Wieso haben Sie sich in St. Pölten beim Medienrechtsverfahren der Aussage in der sog "Schützen - Affäre" entschlagen und warum wurde Brgd Sommer von Ihnen nur teilweise der Verschwiegenheitspflicht entbunden?
17. Auf welche Rechtsgrundlage stützen Sie sich dabei?
18. Ist es richtig, daß Divr Schätz bei Ihnen interveniert hat, damit er nicht in St. Pölten aussagen muß?
19. Weshalb wurde der "Schützen - Bericht" von Angehörigen des HnaA gegenüber Alfred Worm als STAPO - Bericht bezeichnet?
20. Ist Ihnen oder dem GTI bekannt, daß sich im Zuge der Briefbombenermittlungen Unbekannte bei der Briefbombensonderkommission bzw. der EBT als Angehörige des Heeresabwehramtes ausgegeben haben.
21. Können Sie ausschließen, daß sich Angehörige des HNaA oder HAbwA - Mitarbeiter zu irgend einem Zeitpunkt als STAPO - Beamte ausgegeben haben?
22. Wenn ja: weshalb kommen dann Dienststellen des BMI zu einem anderen Ergebnis (siehe Dringliche Anfrage 5225/J XX. GP)?
23. Welche Ermittlungen wurden in diesem Zusammenhang heeresintern eingeleitet und welche Ergebnisse wurde erzielt?
24. Zu welchen Konsequenzen haben diese geführt?

25. Ist Ihnen oder dem GTI bekannt, weshalb die Ermittlungen der Sicherheitsbehörden im Zuge der "Briefbomben - Attentate" gegen den bezeichneten steirischen Verbandskommandanten des ÖBH eingeleitet wurden?
26. Welche heeresinternen Ermittlungen gab es dazu?
27. Welche Ergebnisse wurden dabei erzielt?
28. Ist es richtig, daß ein anderer Offizier, der in der Steiermark Dienst versieht oder versah, als Desinformant gegenüber einem Briefbombenadressaten gelten muß, die zu den Ermittlungen gegen den bezeichneten Verbandskommandanten führten?
29. Wenn ja: welche Maßnahmen wurden daher ergriffen?
30. Welche Beziehungen bestanden zwischen dem Offizier, der als Desinformant gelten muß, und den Heersnachrichtendiensten bzw. Nachrichtendiensten fremder Streitkräfte?
31. Welche Beziehungen bestanden zwischen den Heersnachrichtendiensten und Nachrichtendiensten fremder Streitkräfte im Zusammenhang mit den "Briefbomben - Attentaten"?
32. Welche Informationen wurden zwischen den Heersnachrichtendiensten und der STAPO bzw. Nachrichtendiensten fremder Streitkräfte im Zusammenhang mit den Briefbomben - Attentaten" ausgetauscht?
33. Welche Informationen wurden zwischen den Heersnachrichtendiensten und der STAPO bzw. Nachrichtendiensten fremder Streitkräfte im Zusammenhang mit der "Schützen - Affäre" bzw. der "Stubner - Affäre" ausgetauscht?